

Gewerkschaftliche Rundschau

Organ des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen,

Mitglied des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands.

Nr.
17

Erscheint alle 14 Tage. Durch
die Post bezogen vierteljähr-
lich 150.00 M.

Köln, den 16. August 1923.

Hauptgeschäftsstelle: Benloer
Wall 9. Fernspr. Anno 8538.
Postfach-Konto Köln 18937.

II.
Jahre.

Zum Geleit

Treu und Glauben ist der Eckstein aller menschlichen Gesellschaft. Auf Treu und Glauben sind Freundschaft, Ehe, Handel und Wandel, Regierung und alle anderen Verhältnisse zwischen Menschen und Menschen gegründet. Man untergrabe diesen Grund, und alles wankt und stürzt.

Herder.

Mitglieder und Führer.

Schon seit einem Jahrzehnt tritt in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung ein starker Gegensatz zwischen Masse und Führer hervor. Dieser Gegensatz ist bei der Art, mit der die sozialdemokratischen Massen über Wirtschaftsfragen „aufgeklärt“ wurden, durchaus verständlich. Wir haben uns bisher viel zu hart politisch (parteilich) eingestellt und dabei vergessen, die Mitglieder über wirtschaftliche und gewerkschaftliche Möglichkeiten aufzuklären, mußte der ehemals recht radikale Vorsitzende des deutschen Metallarbeiterverbandes, der heute besonders hart unter der Agitation der Kommunisten zu leiden hat, sich eingestehen.

Aber auch in unserer Bewegung kommt hin und wieder ein gewisser Gegensatz zwischen den Mitgliedern und Führern zum Ausdruck. Muß dieses so sein? Bestehen wirkliche Gegensätze zwischen den Mitgliedern, die den Verband bilden, und jenen Kollegen, die durch die Wahl nach demokratischen Grundfragen dazu berufen sind, in erster Linie die Verbandsgeschäfte zu führen? Sie alle haben doch nur ein Ziel, die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange der Mitglieder. Auch über die jeweils anzuwendenden Mittel besteht grundsätzliche Klarheit. Die tiefe Kluft zwischen der parteipolitischen Auffassung vom sozialen und wirtschaftlichen Leben und den harten Gesetzen der Wirklichkeit, wie wir sie in der sozialistischen Bewegung finden, gibt es bei uns nicht. Weber die Bewegung als solche, noch das einzelne Mitglied ist durch die Umwälzungen der letzten Jahre gezwungen worden, die Grundanschauungen zu ändern. Keine von unserer Bewegung vertretene Anschauung ist durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung Lügen gestraft worden. Infolge dessen können auch Konflikte, die auf eine grundsätzliche Verkennung des Wesens der gewerkschaftlichen Arbeit beruhen, bei uns nicht aufkommen.

Tropfen kommt es gerade nicht selten zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den

Mitgliedern und jenen Kollegen, die als Vorstände, Lohnkommissionen oder angestellte Verbandsbeamte die Geschäfte des Verbandes zu führen haben. Die Ursache hierfür ist fast ausschließlich, abgesehen von den Fällen, wo persönliche Rivalität vorliegt, in der Unzufriedenheit mit dem von der Gewerkschaft Erreichten zu suchen. Diese Unzufriedenheit ist durchaus verständlich. Es ist eine nicht abzutretende Tatsache, daß es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, den Lebensstandard der deutschen Arbeitnehmer auf der Höhe von 1914 zu halten, geschweige denn ihn höher hinauf zu führen. Seit dieser Zeit sind die Reallohn bei jeder Lohnbewegung zurückgegangen. Während nun der wirtschaftlich und sozialpolitisch gekulte Teil der Mitglieder, der die Grenzen des mit gewerkschaftlichen Mitteln zu Erreichende kennt, die unglücklichen politischen Verhältnisse, infolge Krieg und Friedensvertrag, dafür verantwortlich machen, sucht der andere Teil die Ursache lediglich in der „falschen Taktik“ der Gewerkschaftsführer.

Gewiß, auch diese Kollegen unterliegen dem Gesetze: Irren ist menschlich! Auch ihnen kann mal ein Fehler unterlaufen. Doch in der Regel hat der Führer, gestützt auf seine größeren Kenntnisse und Erfahrungen, die nur eine berufsmäßige Beschäftigung mit sozialen Dingen vermitteln kann, einen größeren Ueberblick. Er ist eher in der Lage, die Grenzen des Erreichbaren zu erkennen und „Für“ und „Wider“ unparteilicher abzuwägen, wie die direkt an einer Streitfrage Beteiligten. Er soll und darf keine Politik von der Hand in den Mund machen und über das Heute das Morgen nicht vergessen. Hieraus muß sich ganz natürlicher Weise eine Einstellung zu den schwebenden Tagesfragen ergeben, die von derjenigen, die keine Verantwortung zu tragen haben, in manchen Dingen abweicht. Ein großer Teil, besonders der jüngeren Gewerkschaftler läßt sich oftmals nur von den Stimmungen der Stunde leiten. Mancher, sonst durchaus in seinen Ansichten ernst zu nehmender Kollege verliert auch in dieser schweren Zeit mit ihren Entscheidungen die notwendige Ruhe und Gelassenheit und damit auch den klaren Blick über das wirtschaftlich und gewerkschaftlich Mögliche.

Fällt nun in entscheidenden Augenblicken seitens der Gewerkschaftsführer eine Entscheidung, die aber niemals eine einzelne Person in wichtigen Angelegenheiten trifft, die den Wünschen der Kollegenschaft nicht zusagt, dann werden allzulebt den Entscheidungen Motive unterworfen, die nicht in Betracht kommen können.

Kommt dann noch eine mehr oder weniger temperamentvolle Vertretung der Ansichten auf beiden Seiten hinzu, dann besteht tatsächlich die Gefahr, daß eine gewisse Entfremdung zwischen Führer und Mitglieder eintritt, die der Bewegung und den Belangen der Mitglieder nicht förderlich sein kann. Dieses umsomehr, da auch unsere Kollegen in den Betrieben den ständigen Einwirkungen der kommunistisch gestimmten Mitarbeiter ausgelegt sind und ihre heftige Agitation gegen die „Gewerkschaftsbureaucratie“ und die „Gewerkschaftsbossen“ ganz naturgemäß in irgend eine, wenn auch noch so gelinden Form, sich auswirkt.

Dieser Gefahr muß begegnet werden. Das beste Mittel hierzu ist von vornherein die ganze gewerkschaftliche Bildungsarbeit darauf einzustellen, Verständnis für wirtschaftliche und gewerkschaftliche Möglichkeiten zu wecken. Besonderen Beifall und Anerkennung, wie auch große Erfolge in der Werbearbeit lassen sich bei dieser Arbeit gewiß nicht ernten. Auch dem jüngsten Gewerkschaftler muß die Erkenntnis aufdämmern, daß die heute den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um die Notstände restlos zu beseitigen. In mühsamer Arbeit wird Schritt für Schritt dem erzielten Ziele näher zu kommen sein. Dabei können Zeiten kommen, und diese durchleben wir heute, wo es nur unter Einsetzung aller zur Verfügung stehenden Mittel in etwa gelingt, ein Rückwärtsgehen zu verhindern. Zeiten, wo es nicht vom guten Willen der Führer — dieser muß bei jedem Kollegen, der eine führende Stellung einnimmt, Voraussetzung sein — abhängt, sondern wo die wirtschaftlichen und politischen Kräfte im In- und Auslande sich über die sozialen und stichtlichen Forderungen der Arbeitnehmer hinwegsetzen. Durch Krieg und Friedensvertrag sind die Grenzen des wirtschaftlich Möglichen, wie auch des gewerkschaftlichen Könnens recht eng gezogen. Der Einfluß der Gewerkschaften reicht nicht aus, um die Weltwirtschaft und die Politik der übrigen Länder soweit zu drängen, daß sie den durchaus berechtigten Ansprüchen der deutschen Arbeitnehmer Rechnung tragen. Vergeblich warten wir darauf, daß auch einmal die ausländische Arbeiterschaft ein deutliches Wort mit ihren Regierungen redet. Die internationale Solidarität war bisher gut genug, um von der deutschen Arbeiterschaft ernst genommen zu werden, während der größte Teil der, auch der sozialistischen, Arbeiterschaft Frankreichs, auf dem Standpunkte steht, „der Boocke zahlt alles.“ In England vollzieht sich erst in letzter Zeit eine kleine Schwertung zu unseren Gunsten, weil die

hörtige Arbeiterkassat sich der Erkenntnis nicht verschließen kann, daß, wenn Deutschland verstimmt, auch sie mit in den Strudel hineingezogen werden.

Diese Zusammenhänge den Mitgliedern klargemacht, räumt von vornherein manchen Konfliktstoff aus dem Wege.

Daneben muß eine gerechte Würdigung der trotz aller Widerstände erstrittenen Erfolge Hand in Hand gehen. Es ist eine unbefristete Tatsache, daß die Erfolge der Gewerkschaften doch zum guten Teile erlungen durch die Tüchtigkeit und Pflichttreue der Führer, noch vielfach verkannt werden. Die Ueberlässigkeit der Gewerkschaften wird heute von den Unorganisierten und Beitragscheuen zu beweisen versucht damit, daß die Betriebsräte und Lohnkommissionen die Lohnverhandlungen führen und Tarifverträge gerade so gut, wenn nicht noch besser, tätigen könnten, wie die Gewerkschaften. Wenn dieses möglich ist, ja, warum haben diese Ueberläuer denn nicht schon vor einem Jahrzehnt, als die Gewerkschaften noch schwach waren, ihren großen Worten die Taten folgen lassen? Wer ist es denn heute, der die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, die trotz aller Mängel bei der Entlohnung, das Arbeitsverhältnis vollständig umgestaltet, dem Arbeitnehmer eine viel freiere und in etwa gesicherte Stellung im Betriebe gegeben haben, aufrecht erhalten und befestigen muß? Nicht die Kommunisten, die Unorganisierten, die Gelben und die Dürckeberger bei der Beitragszahlung, sondern wiederum nur die Gewerkschaften mit ihren Führern an der Spitze. Wer führt heute einen stillen, aber nicht deshalb weniger harten Kampf um die Beibehaltung einer angemessenen Arbeitszeit, mit einem Gegner, der die Früchte seiner Arbeit vielleicht erst in einem Jahrzehnt erwartet?

Um die Tätigkeit der Führer in der Gewerkschaft richtig beurteilen zu können, muß noch folgendes beachtet werden. Mit dem Anschwellen der Mitgliederzahlen seit 1918 hat die Zahl der wirklich Mitarbeitenden keinen Schritt gehalten. Die übergroße Mehrzahl der Mitglieder beschränkt sich darauf, ihre Beiträge zu zahlen und hin und wieder einen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen entgegen zu nehmen. Die Zahl derjenigen, die ehrlich bestrebt sind, sich durch eine verständige eifrige Mitarbeit in der Gewerkschaft an der Gestaltung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse aktiv zu beteiligen, ist gegen früher nicht wesentlich gewachsen, wodurch die Arbeit der führenden Kollegen wahrlich keine Unterstützung erfährt.

Unter diesen Umständen kann der Gewerkschaftsführer, der in der Erfüllung seiner Aufgaben, einen Beruf im besten Sinne des Wortes und eine Lebensaufgabe erblickt, das Vertrauen der Mitglieder beanspruchen. Um Vertrauen kann man nicht bitten. Vertrauen muß erworben werden. Aber gerade deshalb nimmt der führende Kollege das Recht in Anspruch, jederzeit seine eigene Meinung offen zum Ausdruck zu bringen und gegebenenfalls, wenn es ihm notwendig erscheint, auch mal gegen den Strom zu schwimmen. Er soll sich verantwortlich fühlender Leiter sein und nicht der Geführte von einzelnen Radikalen oder allen Heugäßlichen.

Sachliche Meinungsverschiedenheiten können dort, wo geistige Regsamkeit herrscht,

nicht ausbleiben. Eine vollständige Ueber einstimmung in allen Fragen wäre ein Zeichen von geistiger Trägheit und der Tod einer lebenden Bewegung. Die Hauptsache aber ist, daß aus sachlichen Meinungsverschiedenheiten kein Konfliktstoff entsteht, der das gegenseitige Vertrauen untergräbt. Sie durch gegenseitige frühzeitige Aussprachen zu klären, die den ehrlichen Willen erkennen lassen, einzig und allein der gemeinsamen, guten Sache zu dienen, ist das beste Mittel, den größten Feind, die Uneinigkeit in den eigenen Reihen, von unserer Bewegung fernzuhalten.

Eine Bewegung wie die der christlichen Gewerkschaften, aufgebaut auf eine sich seit Jahrtausende bewährten Weltanschauung, wird auch hierzu die stitlichen Kräfte aufbringen, sodas das Problem „Masse und Führer“ bei uns niemals die Bedeutung haben kann, wie in den übrigen Gewerkschaftsrichtungen.

Ein einziger Augenblick kann alles umgestalten!

Die Pensionistenfrage der bayerischen Staatsarbeiter.

Die Pensionistenfrage der bayer. Staatsarbeiter hat jetzt durch die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung eine Klärung erfahren. Seitens unseres Verbandes wurde bereits im Jahre 1912 auf einer Landeskonferenz der bayerischen Fluhbauarbeiter in Deggenhof die Errichtung einer Pensionkasse für Fluhbauarbeiter verlangt. Diese Forderung begründete damals der heutige Staatsminister für soziale Fürsorge, Oswald. Durch den Krieg wurde diese Frage verlagert und erst im Jahre 1921 wieder aufgegriffen. Es fanden Verhandlungen mit den zuständigen Vertretern im Finanzministerium statt, an denen sich die Verbände, die Staatsarbeiter erfassten, beteiligten. Es handelte sich bei den damaligen Verhandlungen um die Frage, auf welcher Basis eine solche Kasse aufgebaut werden sollte. Die weitgehendste Forderung wurde seitens des freien Staats- und Gemeindefürsorgeverbandes (wohl nur aus agitatorischen Gründen) gestellt. Dieser wollte eine Pensionkasse errichtet haben, zu denen die Arbeiter keinen Beitrag zu zahlen hätten, aber die gleichen Ansprüche erhalten sollten, wie die bayerischen Staatsbeamten. Seitens unseres Verbandes wurde erklärt daß eine Pensionkasse geschaffen werden sollte, wie sie für die Arbeiter der Post und Eisenbahn bestche, zu der die Arbeiter allerdings Beiträge zahlen, aber gesetzliche Ansprüche auf Pension, Witwen- und Waisengelder erhalten sollten. Die Forderung des freien Verbandes wurde vom Vertreter des Finanzministeriums glattweg abgelehnt, sowohl wegen der Konsequenzen gegenüber den Arbeitern der Post und Eisenbahn, als auch aus finanziellen Gründen. Außer beiden Vorschlägen kam noch in Frage, ob bei Ablehnung der Pensionkasse nicht eine Unterstützungskasse wie sie bereits bei einzelnen Staats- und Reichsbetrieben besteht, geschaffen werden könnte, zu der die Arbeiter keine Beiträge bezahlen, aber Unterstützungen nur nach Würdigkeit und Bedürftigkeit erhalten sollten. Eine solche Einrichtung wurde seitens der Arbeitervertreter aber abgelehnt, weil die Arbeiter keine Almosen, sondern rechtliche Versorgung seitens des staatlichen Arbeitgebers für den Fall der Erwerbsunfähigkeit, des hohen Alters oder für die Hinterbliebenen haben wollten. Die Konferenz im Finanzministerium (April 1921) fand einen Vorschlag, der brauchbare Grundzüge über die Bezahlung von Beiträgen, Bezug von Renten usw., vorsah. Dieser Vorschlag hätte immerhin so gestaltet werden können, daß die fortlaufende Geldentwertung Be-

rückstättigung finden konnte. Die einschlägigen Ministerien haben dem Ministerrat im Januar 1923 eine Denkschrift unterbreitet, zu der die Regierung vor Schluß des Landtags (also Ende Juli) Stellung nahm. Für die Regierung war scheinbar die Sache nicht besonders eifrig. Die Stellungnahme der Regierung kommt in einer Denkschrift zum Ausdruck, in der zunächst auf die finanzielle Lage des Reiches und des Staates hingewiesen wird, die die Errichtung einer Pensionkasse zur Zeit nicht ertrage. Diese Begründung war auch schon vor dem Kriege für die früheren bayerische Regierung für ihren ablehnenden Standpunkt maßgebend. Auffallend ist der gerade nicht föderalistische Standpunkt der bayerischen Regierung in diesem Falle, die es lieber gesehen hätte, wenn das Reich in dieser Frage vorgegangen wäre. Der Schlüssel in der Berücksichtigung der Tagespresse war ein geringer Trost sein, wenn die bayerische Regierung in Bezug auf das Reich und die anderen größeren Staaten ruft: Hannemann, geh du voran, du hast die längeren Stiefel an. Für die bayerischen Staatsarbeiter und ihre Organisation ist diese Angelegenheit nicht auf die lange Bank geschoben. Richtig ist wohl, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo Reich und Länder unter dem Druck des Versailles Friedensvertrages und der Ruhrbesetzung außerordentlich zu leiden haben, ein besonderer Druck auf Regierung und Parlament nicht ausgeübt werden kann. Die Frage des Versorgungswesens ist letzten Endes in Wirklichkeit keine Frage der Länder allein, sondern eine solche des Reiches, nachdem die in den bayerischen Militärbetrieben, in der Finanzverwaltung usw. Beschäftigten, dem Reich unterstellt sind. Nebenfalls ist es notwendig, daß mit Eintritt von Friedensverhältnissen im Reich und Befundung der Außen- und Innenpolitik die Frage der Pensionisten von unserem Verbande erneut aufgearbeitet wird. Es muß hierzu eine starke Bewegung geschaffen werden, die Welsen schickt und die die Arbeiter aufrüttelt. Es handelt sich hier um eine elementare Forderung gegenüber den regierenden und gesetzgebenden Faktoren. Unser Verband wird für die erforderliche Aufklärung Sorge tragen.

Der rasende Marktsturz

bringt das deutsche Volk in tiefste Not. Ihr muß durch weitgehende Lohn- und Gehaltserhöhungen gekeuert werden. Daher sehen die Gewerkschaften alle Kraft ein.

So müht du helfen, die Not der Gewerkschaft zu steuern.

Zahle willig und pünktlich deinen Beitrag. Gib den Anderen ein gutes Beispiel.

Vollwirtschaftliches und Soziales.

Der Reichswirtschaftsrat zur Währungsfrage.

Der Reichswirtschaftsrat macht in einer Einschließung zur Besserung der unhaltbaren Währungsverhältnisse folgende Vorschläge:

„Die Vermeidung wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen infolge des Währungsverfalls und der Preissteigerung ist ein zwingendes Gebot innerer und äußerer Politik. Dazu bedarf es eines Systems ineinandergreifender wirtschafts- und finanzpolitischer Mittel, die, unterstützt durch finanz- und währungstechnische Maßnahmen, den rasenden Sturz der Mark während der Uebergangszeit bis zur Einleitung von Verhandlungen zur Regelung der Reparationsfragen hemmen. Dabei legen der wirtschafts- politischen und der finanzpolitische Ausschuss besonderen Nachdruck auf die Maßnahmen, die die verderbliche Defizitwirtschaft des Reiches,

...stehende Answellen der schwebenden Schuld und die rapide Vermehrung der Notenausgabe abzumildern geeignet sind. Das Ziel aller Maßnahmen kann nur die Stabilisierung der Währung durch Herstellung des Gleichgewichts im Etat bilden. Zur Vorbereitung dieses Zieles empfehlen die beiden Ausschüsse die nachstehenden Maßnahmen:

Die Besserung der Reichsfinanzen muß am Beginn jeder Sanierungsarbeit stehen. Dies erfordert:

1. die bestehenden Steuern wirksam zu machen durch Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer unter möglicher vollster Anpassung an die Geldentwertung, Rationalisierung der veranlagten Steuern für den Stichtag und Erhöhung der zu leistenden Papiermarkbeträge je nach dem Maß der Geldentwertung zwischen Stichtag und Zahlungstag, Rationalisierung der Steuerrückstände, vollständige Einziehung aller übrigen Steuern, möglichst prozentuale Bemessung zum Verkaufspreis bei den indirekten Steuern und Verbrauchsabgaben; Kredite und Stundungen sind vom Reich und den Betriebsverwaltungen nur wertbeständig, in der Regel auf Goldbasis, und gegen Goldkurs, zu gewähren, regelmäßige kurzfristige Anpaffung der Tarife von Eisenbahn und Post an die Geldentwertung, ebenso der Gebühren- und Stempelsteuern, Reform der Veranlagung der Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer unter Zurechnung des wirklichen Wertes und des tatsächlichen Einkommens; der Übergang zur Goldrechnung im Steuerwesen macht eine Nachprüfung der Steuergesetze, insbesondere der Tarifhöhe, notwendig. Die Ausschüsse empfehlen die sinnigste Anwendung der vorstehenden Richtlinien auf die Haushaltsgebühren der Länder, der Gemeindeverbände und Gemeinden.

2. Finanzierung des Ruhekampfes durch Zuschläge auf bestehende Steuern, sowie Ausgabe einer langfristigen Reichsgoldanleihe gegen Zahlung von Papiermark.

Reichsbankpolitik. Übergang von Papiermarkkreditgewährung zum Goldkredit; Diskontierung von Goldwechseln gegen Goldkurs; Zulassung von Goldkonten; Annahme von Devisenbepfichten; Fortführung der Stützungaktion, insbesondere durch Bereitstellung eines ausreichenden Devisenfonds, zu dessen Bildung die Devisenbestände der privaten Wirtschaft gegen Goldschakanweisung der Reichsbank heranzuziehen sind; Übernahme der Garantie für die Verzinsung einer langfristigen wertbeständigen Anlage.

Goldrechnung und wertbeständige Obligationen. Die Ausdehnung der Goldrechnung in der privaten Wirtschaft läßt sich nicht hindern, solange die Inflation fortschreitet. Sie macht es aber notwendig, daß das Reich, Länder und Gemeinden sowie die Reichsbank ebenfalls zur Goldrechnung übergehen, um das Ziel der Balanceierung des Etats und der Stabilität der Währung erreichen zu können. Die Ausschüsse sind im Prinzip einverstanden mit der notwendigen gesetzlichen Veränderung, die die Einführung wertbeständiger Hypotheken und Obligationen ermöglicht. Die Wertbeständigkeit wird aber gefordert, wenn die Hypotheken und Obligationen auf Basis bestimmter Warenpreise gestellt sind. Die Ausschüsse empfehlen deshalb hinsichtlich wertbeständiger Schuldverschreibungen, die nicht auf Goldmark lauten, nur für eine Übergangszeit zuzulassen. Die Ausschüsse empfehlen, den Sparkassen die Annahme wertbeständiger Anlagen zu empfehlen.

Neue Gehaltsklassen in der Angestelltenversicherung.

Infolge der neuen Gehaltssteigerungen hat der Reichsarbeitsminister von der ihm durch den Reichstag erteilten Ermächtigung Gebrauch gemacht und den jüngst veröffentlichten Gehaltsklassen sechs neue, nämlich die Klassen 24-29 hinzugefügt. Die Höchstgrenze der Gehaltsklasse 23 ist abgeändert worden. Es gelten nunmehr außer den Klassen 13-22

Gehaltsklasse	jährliches Einkommen v. mehr als	monatliches Einkommen bis zu	monatliches Einkommen v. mehr als	monatliches Einkommen bis zu	Monatsbeitrag
23	35 640 000	43 200 000	2 970 000	3 600 000	124 000
24	43 200 000	51 840 000	3 600 000	4 320 000	143 000
25	51 840 000	61 560 000	4 320 000	5 130 000	170 000
26	61 560 000	72 360 000	5 130 000	6 090 000	208 000
27	72 360 000	84 240 000	6 090 000	7 020 000	244 000
28	84 240 000	97 200 000	7 020 000	8 100 000	282 000
29	97 200 000	—	8 100 000	—	324 000

Die neuen Klassen gelten gleichfalls schon vom 1. August ab. Die Marken dieser Klassen sind vom 20. August ab bei den Postanstalten zu haben. Die im Juli auf 78 000 000 M. festgesetzte Höchstgrenze des versicherungspflichtigen Jahresarbeitsverdienstes wird voraussichtlich im Laufe des Monats geändert werden.

Die Höchstzüge der Erwerbslosenunterstützung betragen vom 6. August 1923 ab:

- in d. Orten: A B C Du. E
- für männl. Pers.:
 - über 21 J., sofern sie nicht im Haushalt eines and. leben 90000 84000 78000 72000
 - über 21 J., sofern sie im Haushalt eines and. leben 75000 70000 65000 60000
 - unter 21 Jahren 54000 50000 46000 42000
 - für weibl. Personen:
 - über 21 J., sofern sie nicht im Haushalt eines and. leben 75000 70000 65000 60000
 - über 21 J., sofern sie im Haushalt eines and. leben 60000 56000 52000 48000
 - unter 21 Jahren 43000 40000 37000 34000
 - Familienzuschläge für
 - den Ehegatten 33000 30000 29000 27000
 - die Kinder u. sonst. unterstützungsbed. Angehörige 27000 25000 23000 21000

Der Kampf um die wertbeständigen Löhne

... nunmehr zu einem gewissen Abschluß gekommen. Nachdem die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft, wegen der Weigerung der Arbeitgeber, den Lebenshaltungszuwachs als Wertmesser anzunehmen, gescheitert waren, fanden weitere Verhandlungen der beiden Parteien mit der Regierung statt. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates, wie auch der Reichstag saßte eine Entschlüsselung, die ebenfalls eine schnelle Anpaffung der Löhne an die Teuerung forderten. Unter diesem Druck und da in verschiedenen Industriegebieten die Forderung nach wertbeständigen Löhnen bereits zu wirtschaftlichen Kämpfen geführt hatte, gaben die Arbeitgeber etwa nach und erklärten sich bereit, Tarifverträge abzuschließen, die eine schnelle Anpaffung der Löhne an die Teuerung gestatten. Als Wertmesser können nunmehr die jeden Mittwoch herausgegebenen Reichsindexziffern, oder auch örtlich, oder bezirklich aufgestellte Kostenrechnungen genommen werden.

Die Festlegung der Grundlöhne erfolgt vor wie nach durch freie Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen, die für die Dauer etwa eines Monats Geltung haben sollen. In diesen Lohnabkommen wird dann näher bestimmt werden, in welcher Form sich während der Vertragsdauer der Lohn an die Kosten der Lebenshaltung, ohne eigentliche Lohnverhandlungen, mehr automatisch, anzupassen hat. Kommt keine Einigung zustande, sind die Schlichtungsausschüsse der Tarifvertragsstelle zu leisten, eventuell einen Schiedspruch zu fällen. Zu dem Zwecke hat der Reichsarbeitsminister Richtlinien an die

Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungskommissionen ergeben lassen, die geeignet sind, Beträge, die den wertbeständigen Lohn vorzusehen, zu fördern und zu sichern. Eine sehr wichtige Bestimmung dieser Richtlinien lautet:

„Schiedsprüche, die Klauseln über die Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitseinkommen enthalten, können nach dem geltenden Recht für verbindlich erklärt werden, wenn sie wirtschaftlich tragbar erscheinen und auch im übrigen die gesetzlichen Voraussetzungen der Verbindlichkeitsklärung vorliegen. Tarifverträge, die Klauseln über die Erhaltung der Kaufkraft des Arbeitseinkommens enthalten, werden beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für allgemein verbindlich erklärt werden.“

In der Praxis wird sich die Einführung der wertbeständigen Löhne etwa wie folgt gestalten: Die Lohnabkommen, in denen der Grundlohn festgelegt wird, werden für etwa einen Monat abgeschlossen. Wie hoch dieser Grundlohn ist, richtet sich nach den Faktoren: Grad der Teuerung, Leistungsfähigkeit des Betriebes, Schwere und Verantwortlichkeit der Arbeit, Stärke und Einfluß der vertragschließenden Organisationen usw., kurzum an dem bisherigen Modus wird nichts geändert. Die Hoffnungen der Unorganisierten und Beitragscheuen, in Zukunft ohne die Gewerkschaften, nur auf Grund der gleitenden Lohnskala angemessene Löhne zu bekommen, haben sich nicht erfüllt. In diesen Lohnabkommen wird dann näher vereinbart, wie sich der Lohn den schwankenden Geldwerten anzupassen hat. In jedem Falle ist es den Vertragschließenden freigestellt, welcher Gradmesser der Teuerung Anwendung finden soll.

Kommt keine Einigung zustande, dann kommt die Streitfrage genau wie bisher, entweder vor die tarifvertraglichen Schlichtungsinstanzen, oder die staatlichen Schlichtungsausschüsse, die wenn auch hier keine Einigung zu erzielen ist, einen Schiedspruch fällen, der unter Umständen als rechtsverbindlich erklärt werden kann. Eine wesentliche Änderung der bisherigen Lohnverhandlungen findet also nicht statt.

Einer gesetzlichen Vorschrift, daß sich die Löhne den Indexziffern stets anzupassen haben, stehen, auch vom Arbeitnehmerstandpunkte aus, die größten Bedenken entgegen. Würden die Löhne im ganzen Reiche, oder auch nur eines Wirtschaftsbezirktes, sich an einem Tage automatisch nach einer bestimmten Wechselschiffel erhöhen, wäre die nächste Folge, daß auch die Kleinhandelspreise genau am nämlichen Tage die gleichen Sprünge machen würden. Damit wäre den Arbeitnehmern aber nicht gedient. Da erhöhte Preise sofort sich auswirken, eine bewilligte Lohnerhöhung aber frühestens in einer Woche zur Auszahlung gelangt, würden schließlich die Löhne infolge der automatischen Anpassung immer eine Woche den Preisen nachhinken. Diesem Mißstande ist vorgebeugt, dadurch, daß als Wechselschiffel für die Teuerung, bei den Lohnverhandlungen die veranschlagten Erhebungen genommen werden können und der gewählte Stichtag nicht immer der gleiche zu sein braucht. Hierdurch scheiden die Lohnerhöhungen als Wechselschiffel für weitere Preiserhöhungen in etwa aus.

Von der Stärke und dem Einflusse der gewerkschaftlichen Organisationen wird es daher auch in Zukunft abhängen, inwieweit auch bei teilweiser automatischer Anpassung die Löhne den steigenden Preisen folgen werden.

Die Steuerabläge ab 1. August.

Bei allen Lohnzahlungen, die nach dem 31. Juli stattfinden, ermäßigt sich der 10 Prozent vom Arbeitslohn ausmachende Steuerbetrag um:

	p. Monat	p. Woche	pro Tag
1 für den Arbeitnehmer selbst und seine Ehefrau je	24 000 M	5 760 M	960 M
2 für jedes minderj. Kind	16 000 M	3 840 M	6 400 M
3 Werbungskosten	20 000 M	4 800 M	8 000 M

Demnach bleibt steuerfrei

Bedingen	für den	Monatseinkommen
Verheirateten ohne Kinder		2 240 000 M
" " mit 1 Kind		2 480 000 M
" " " 2 Kinder		4 080 000 M
" " " 3 "		5 680 000 M
" " " 4 "		7 280 000 M
" " " 5 "		8 880 000 M
" " " 6 "		10 080 000 M
" " " 6 "		12 040 000 M

10 Prozent von den genannten Monatseinkommen ist der Betrag, der bei höheren Einkommen insgesamt in Abzug gebracht werden darf.

Einkommengrenze und Grundlohn in der Krankenversicherung.

Durch Verordnung vom 24. Juli hat der Reichsarbeitsminister die Grenzen, bis zu welchen Angestellte, Betriebsbeamte usw. der Versicherungspflicht unterstehen sowie die Grundlöhne geändert. Versicherungspflichtig sind Betriebsbeamte und Angestellte demnach bis zu einer Verdienstgrenze von 48 000 000 Mark, liegt ihr Beschäftigungsort im besetzten Gebiet, im Einbruchgebiet, oder in einem Gebiet, in welchem besondere Vorschriften für die Erwerbslosenfürsorge gelten, 60 000 000 M.

Bis zu 12 000 000 Mark Gesamthohlohn ist der Beitritt zur freiwilligen Versicherung für Hausgewerbetreibende usw. gestattet.

Bei der Festsetzung des Grundlohnes zur Bemessung des Krankengeldes ist der Entgelt zu berücksichtigen, soweit er „sechzigtausend“ Mark für den Kalendertag nicht übersteigt.

Der Kassenvorstand kann den Entgelt berücksichtigen, soweit er „einhundertzwanzigtausend“ Mark für den Kalendertag nicht übersteigt, für die Zeit vom 13. August 1923 ab aber den Entgelt soweit er „einhundertachtzigtausend“ Mark für den Kalendertag nicht übersteigt.

Die Verordnung ist am 30. Juli in Kraft getreten.

Der Reichsarbeitsminister hat mit dieser Verordnung den Versuch gemacht, die Grenze, bis zu welcher der Entgelt bei Festsetzung des Grundlohnes berücksichtigt werden kann, für einen Zeitraum im voraus festzusetzen. Die Grenzen sind zu eng gezogen. Die vorgezeichneten Beträge sind nicht angemessen. Immerhin, der Versuch ist anerkennenswert.

Wir sind wenige gegen eine Million. Wir verteidigen ein kleines Reich gegen eine ganze wilde Welt; aber wir glauben an den Sieg und mehr ist nicht nötig, um ihn zu gewinnen.
W. Kaabe.

Arbeiterbewegung.

Wo liegen die Materialisten?

Wer diese Frage richtig beantworten will, kann nur sagen: in allen Ständen und Berufsgruppen. Keiner ist ausgenommen. Den höchsten Materialismus finden wir in der

Regel bei den Personen, die am stärksten über die Profitgier und Gewinnlust bei anderen herzichen. Wo wird am meisten geschimpft über die Begehrlichkeit der Arbeiter, wo am meisten gewettert über eine angemessene Arbeitszeit? Doch in erster Linie in jenen Kreisen, denen ein anständiger Lohn und sonstige annehmbare Arbeitsbedingungen ein Hemmschuh in ihrem ulerlosen Gewinnstreben bedeutet. Schimpft nicht jener Krämer am meisten über die steigenden Produktionskosten der Waren, dem nur die Angst vor dem Wucherparagrafen abhält, vom Konsumenten die allerhöchsten Preise zu verlangen?

Genau solche Materialisten finden wir aber auch im Arbeitnehmerlager.

Tagte dort unlängst eine Versammlung, um einen Bericht über stattgefundene Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Der Referent berichtet zunächst über die Forderungen im Vertrag, die Entlohnung einer kleinen Gruppe von Arbeitnehmern betreffend und verknüpft damit einige allgemeine Bemerkungen über die Lage des Gewerdes, bis er plötzlich durch einen Zwischenruf: „Laß den Quatsch, was bekommen wir?“ jäh unterbrochen wurde. Die Art dieser Unterbrechung und die begleitenden Umstände lassen erkennen, daß wir es hier mit einem Menschen zu tun haben, dem die Belange seines Berufes, auch die seiner Mitarbeiter, höchst gleichgültig sind. Er hätte auch gerade so gut sagen können: Was bekomme ich?, denn das „Wir“ verdeckt nur allzubüßig die wahre Meinung. Würde dieser Mensch, wenn er die Möglichkeit hierzu hätte, nicht auch seine Mitmenschen wie der ärgste Kapitalist ausbeuten?

Wir müssen noch so strenge Gesetze gegen den Wucher, die Gewinnlust und gegen jede Ausbeutung schaffen, gelingt es uns nicht, den Geist umzuformen, werden alle diese Maßnahmen nur die jeweilige Form der Gewinnlust treffen, ohne aber den Keim des Übels zu erfassen. Es wird immer in neuen Formen auftreten.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es daher, nicht nur die Lohnfrage zu lösen, obgleich dieses gegenwärtig selbstverständlich im Vordergrund zu stehen hat, sondern auch die Mitglieder auf eine sittlich höhere Stufe zu heben. Solche „Schmenschen“, wie sie in dem oben erwähnten Zwischenrufer sich zeigen, bringen uns keinen Schritt vorwärts.

44 Millionen Gewerkschaftsmitglieder.

Die Gesamtzahl der Gewerkschaftler in den 35 wichtigsten Ländern beträgt 44 136 355. Deutschland steht dabei mit 12 Millionen an der Spitze. Rußland, das bisher mit 7 Millionen folgte, hatte 1922 eine Abnahme von annähernd 2 Millionen zu verzeichnen. Großbritannien zählt 5, Nordamerika 4 Millionen Gewerkschaftler.

Sollte es diesen Millionenheeren denn nicht gelingen, ihren Einfluß derart bei den Regierungen der einzelnen Länder zur Geltung zu bringen, daß der drohende Zusammenbruch der europäischen Wirtschaft abgewendet wird?

Bermischtes.

Strassenpflaster aus Gummi. Die Erhaltung der städtischen Straßen, insbesondere der, die einen großen Verkehr zeigen, ist ein Problem, dessen Lösung sich in dem Grade schwieriger gestaltet, in dem der Kraftwagenverkehr an Bedeutung gewinnt. Die schweren Lastautos und die erhöhte Schnelligkeit der Kraftfahrzeuge belügen es mit sich, daß nicht nur die Oberläche des Pflasters starken Erschütterungen

Du verlangst mit Recht vom Arbeitgeber wöchentliche Lohnzahlungen. Der Verband verlangt von dir mit gleichem Recht wöchentliche Beitragszahlung.

ausgesetzt bleibt, sondern daß auch der Grund der Straße selbst in Mitleidenschaft gezogen wird. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten stellt man gegenwärtig auf einer der verkehrsreichsten Londoner Straßen einen interessanten Versuch an, indem man die üblichen Steine oder Holzkügel der Pflasterung durch Gummi ersetzt. Bisher fand der Gummi als Bodenbelag nur auf ganz kurzen Straßenabschnitten und zur Abdämpfung der Geräusche in den Dieben der Hotels und in Krankenhäusern Verwendung. Daß er genügend Widerstandsfähigkeit hätte, um dem Verkehr der vielbefahrenen Straßen einer Großstadt standzuhalten, glaubte man bisher bezweifeln zu müssen. Die Londoner Straße, auf der jetzt das interessante Experiment gemacht wird, ist nur zur Hälfte mit Gummipflaster belegt, damit man die Widerstandsfähigkeit des Gummis im Vergleich zu dem alten Pflaster, das die andere Hälfte der Straße zeigt, kontrollieren kann. Der Gummi wurde in Streifen in der Dicke von etwa 3 Zentimeter auf Stahlplatten aufgelegt und sicher befestigt. Wenn das Ergebnis des Versuchs gut ausfällt, will man sofort daran gehen, auch andere Straßen Londons mit dem neuen Pflaster zu belegen.

„Der Deutsche“

Der September-Bezugspreis beträgt:
für die Reichsausgabe . . . 250 000 M.
für die Ausgabe Groß-Berlin 280 000 M.
und 36 M. Bestellgeld.

Laßt uns nicht müde werden im Werben für den „Deutschen“. Vergeßt nicht, die Postquittungen uns einzuliefern.

Der Zentralvorstand.

Verbandsnachrichten.

In der Woche vom 19. bis 25. August 1923 der 34. Wochenbeitrag zu leisten.

Die Vertrauensleute sind darauf aufmerksam zu machen, daß die vereinnahmten Beiträge wöchentlich an den Ortsgruppenkassierer abzuliefern sind, um den Verband dadurch, soweit wie möglich, vor dem Geldentwertung zu schützen.

Der Zentralverband.

Gedentafel.

Gestorben sind die Kollegen:

Franz Schülke, Arnberg	10. 6. 23
Peter Mies, Bonn	1. 7. 23
Martin Rüge, Schering (ungl.)	7. 7. 23
Bernh. Sailer, Schering (un)	7. 7. 23
Heinrich Lufen, Greifeld	22. 7. 23
Josef Ertzen, Köln	27. 7. 23

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion und Verlag:

H. Eldmann, Köln, Benloerwall 9
Druckereid. Volkswacht-Verlags, Köln, Domstr.